

Thomas Rübke: Perspektiven und Grenzen des Bürgerschaftlichen Engagements

Sozialempfang der mittelfränkischen Landtagsabgeordneten der SPD am 15.4.2010 in Nürnberg

Herzlichen Dank für die Einladung. Dieser Platz und das unmittelbare Umfeld ist ja eine lokale Herzkammer des Bürgerschaftlichen Engagements in Nürnberg. Zentrale der SPD, als ältester deutscher Partei auf Generationen des politischen Ehrenamtes erbaut. Man vergisst bei der Politik heute allzu oft, dass weit über 90 Prozent ehrenamtlich aktiv und Berufspolitiker/innen eine kleine Minderheit sind. Dann ist hier auch der Sitz der Arbeiterwohlfahrt, die vor einigen Jahren mit der AWO-thek eine attraktive Anlaufstelle für Menschen eingerichtet hat, die in den Einrichtungen des Wohlfahrtsverbandes freiwillig tätig werden wollen – Ein Wohlfahrtsverband, der aus dem Bürgerschaftlichen Engagement hervorging und nun neue Formen der Ansprache und Begleitung Ehrenamtlicher erfolgreich umsetzt. Um die Ecke finden wir die lokale Anlaufstelle des Zentrums Aktiver Bürger Süd, von wo aus der Einsatz hunderter Ehrenamtlicher koordiniert wird, die sich als Bildungspaten, Hausaufgabenhelfer oder Vorleser in Schulen und Kindertagesstätten der Südstadt engagieren. Nicht zu vergessen sind das architektonisch überaus gelungene Pendant des Karl-Bröger-Hauses und das genossenschaftliche Wohnprojekt „anders wohnen“, in dem solidarisches Zusammenleben alleinerziehender Mütter mit ihren kleinen Kindern und Menschen in der dritten Lebensphase eingeübt wird. Ein paar Schritte weiter dann das Südstadtforum, das vielen sozialen Initiativen, zum Beispiel dem Tauschring Nürnberg, Raum für ihre Arbeit gewährt.

Sie sehen, ich bin schon mitten im Thema. Und es ist uferlos: Überall stößt man auf Spuren, wenn man sich mit dem Bürgerschaftlichen Engagement beschäftigt. Ich kann mich noch gut an hitzige Diskussionen erinnern, die zu verschiedenen Jahrzehnten in diesen Räumen stattfanden. So referierte der Soziologe Ulrich Beck – es muss etwa zehn Jahre her sein – zum Thema Bürgerarbeit und plädierte für ein gemeinnütziges Engagement auch jener Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben. In den 1970er Jahren stellte der frühere Kulturreferent der Stadt, Hermann Glaser, sein Bürgerrecht Kultur im Karl-Bröger-Eck zur Diskussion, das Menschen nicht nur als Teil des Publikums, sondern als Aktive im Sinne einer Kultur von und für alle(n) ansprechen wollte, die sich vor allem in dezentralen Stadteilläden entwickeln sollte. Vor kurzem verfocht der DM-Gründer Götz Werner hier seine Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, an das er die Hoffnung einer Renaissance der gemeinnützigen, freiwilligen Tätigkeiten knüpft, weil Menschen damit auch die notwendigen Ressourcen an Lebenszeit und materieller Sicherheit gegeben würde.

Wenn man sich ein Leben ohne die Einrichtungen, Vereine, Verbände vorstellen wollte, deren Wurzeln im Bürgerschaftlichen Engagement hinabreichen, es wäre trist und leer: wo wären die solidarischen Hilfen im Sozialen, die offene Jugendarbeit, die Altenclubs? Oder das kulturelle Leben mit seinen Volkshochschulen, Bürgertreffs, Theaterclubs, Museumsförderervereinen. Wie wäre es schließlich mit dem Demokratie bestellt? Als der französische Adlige Alexis de Tocqueville sich kurz vor der französischen Revolution in die junge Demokratie der Vereinigten Staaten

aufmachte, kam er mit der Gewissheit zurück, dass diese Regierungsform der Feudalherrschaft seines Heimatlandes deutlich überlegen sei, und er begründete es mit dem regen Vereinsleben, das er auf seinen Reisen beobachtet hätte: "Die Demokratie", schreibt Tocqueville, "gibt dem Volk nicht die gewandteste Regierung, aber sie bringt das zustande, was die geschickteste Regierung nicht beizubringen vermag, sie verbreitet in dem ganzen sozialen Körper eine unruhige Geschäftigkeit, einen Überschuss an Kraft, einen Tatwillen, die ohne jene unmöglich sind und die, wenn die Bedingungen nur einigermaßen günstig sind, Wunder vollbringen. Darin liegen ihre wahren Vorzüge." (Tocqueville Demokratie in Amerika 1, (Ausgabe Manesse-Verlag 1987, S. 366).

Nun kann man sich nicht auf der Vergangenheit ausruhen, aber man kann aus ihr lernen. Eine Lektion ist zweifellos: Das Bürgerschaftliche Engagement ist dann stark, wenn es auf Missstände hinweist und zugleich Chancen zu ihrer Beseitigung aufzeigt. Es war eigentlich immer aus der Not geboren. Und das ist auch heute noch so, wenn man die rührigen Hospizvereine betrachtet, die vielen Tafelprojekte, oder die ehrenamtlichen Paten, die Hauptschülern zu einem guten Berufsstart verhelfen wollen. Immer wächst das Bürgerschaftliche Engagement am überzeugendsten an den blinden Flecken unserer Gesellschaft. Und oft war es die Pionierpflanze, die dann den Aufbau hauptamtlich geführter Organisationen und Dienste vorbereitete.

Aber wie ist das heute mit den „blinden Flecken“? Sind wir nicht schon überversorgt und überreguliert? Einen Allgemeinen Deutschen Arbeitverein oder eine Initiative gegen Armut in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu gründen, ist etwas völlig anderes, als heute ein ehrenamtliches Projekt ins Leben zu rufen. Man ist nicht mehr allein auf weiter Flur und die Probleme und Notlagen sind auch nicht mehr schier endlos. Wir haben einen ausgewachsenen Sozialstaat, dessen Dienste und Einrichtungen vor allem von gut ausgebildeten Hauptamtlichen getragen werden. Wo sollte hier noch Platz für das Bürgerschaftliche Engagement sein?

Im Vorgespräch zu dieser Veranstaltung, zu der mich Angelika Weikert eingeladen hatte, führte ich mit einigen SPD-Landtagsabgeordneten eine sehr anregende Diskussion genau über diese Frage, und Angelika Weikert bat mich, sie auch in den Mittelpunkt meines Vortrags zu stellen. Man muss diese Frage sogar noch zuspitzen. Denn wir haben zwar einen gut ausgebauten Sozialstaat, aber er ist akut bedroht, und das nicht erst seit heute: Gefährdet einerseits durch einen kurzsichtigen Neoliberalismus, der nicht nur ideologisch für den Rückbau staatlicher Leistungen eintritt, sondern auch durch die – nicht zuletzt in neoliberalen Geist – ausgelöste Finanzkrise, die nun auf die öffentlichen Haushalte mit voller Wucht zukommt. Andererseits durch den zunehmenden Marktdruck, dem öffentliche und gemeinnützige Organisationen in ihrer Leistungserstellung ausgeliefert sind. Konkurrenzen spitzen sich zu: Rhönklinik versus öffentliches Krankenhaus, privates Pflegestift oder gemeinnütziges Altersheim, kommerzieller Rettungsdienst gegen Rotes Kreuz, Malteser, Johanniter etc.

Vor diesem Hintergrund bekommen bestimmte Entwicklungen, manchmal aber auch nur Andeutungen, die das Bürgerschaftliche Engagement betreffen, einen schalen Beigeschmack. Wenn man hört, dass Bürger wieder mehr Eigenverantwortung übernehmen sollten – verbirgt sich dahinter nicht eine Mogelpackung, die uns letztlich den Abbau sozialer Dienste schmackhaft machen soll? Wenn ein kommunales Schwimmbad schließt und der ratlose Gemeinderat die Bürgerschaft

auffordert, es doch ehrenamtlich zu übernehmen – Klingt das nicht nach einer billigen Ausrede? Schlimmer noch: Wenn wir uns daran gewöhnen, dass das Bürgerschaftliche Engagement zunehmend monetarisiert wird, also pauschalierte Aufwandsentschädigungen pro Stunde für eine eigentlich unentgeltliche Tätigkeit gezahlt werden, die manchmal sogar die Grenze des derzeit diskutierten Mindestlohns überschreiten: ist dies nicht ein bedenkliches Zeichen, dass Bürgerschaftliche Engagement gleichsam zum Lohndumping eingesetzt wird, um die sozialen Standards der Dienste und Einrichtungen unter dem enormen Kostendruck noch einigermaßen aufrecht zu erhalten?

Vor diesem Hintergrund ist es allzu verständlich, wenn man präventiv eine Schutzmauer errichtet. Ehrenamtliche sollen nicht Ausfallbürgen eines überforderten Sozialstaates sein. Sie sollen nur ergänzend tätig werden. Unser Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly, für seine blumige Sprache allseits geschätzt, hat von der Ehrenamtlichkeit als Sahnehaube auf dem Kaffee der professionellen Dienste und Einrichtungen gesprochen. Etwas zweifellos Schönes und Wohlschmeckendes, aber dennoch Verzichtbares, denn letztlich kommt es auf den Kaffee an.

Ich habe ihm damals widersprochen und gesagt, wenn schon ein Bild sein müsse, dann solle man das Bürgerschaftliche Engagement als Humus begreifen, aus dem eine lebendige und demokratische Gesellschaft hervorwachse. Wir haben uns nicht ganz angenähert. Aber er hat bei nächster Gelegenheit schon mal von einem Capuccino gesprochen. Das klingt nicht nur moderner, die beiden Schichten von Milch und Kaffee, sprich: des Ehren- und Hauptamtes sind auch unauflöslicher ineinander gemischt.

Obwohl ich das Bild immer noch nicht ganz akzeptieren kann, es hat den Vorteil, dass es die eigentliche Problematik aufzeigt: Wo sind die Grenzen des Bürgerschaftlichen Engagements gegenüber dem Bereich der professionellen hauptamtlichen Arbeit, wo gibt es Übergänge, wo liegen seine besonderen Stärken, seine Eigenheiten, seine Perspektiven?

Dies möchte ich in vier Thesen erläutern:

1. Die derzeitige Entwicklung zu Monetarisierungs- und Verdienstleistung des Bürgerschaftlichen Engagements ist nicht zu übersehen, aber auch nicht ganz neu und auch nicht in Umfang und Geschwindigkeit so bedenklich, wie manche „Alarmisten“ anzunehmen scheinen. Ebenso ist das Kriterium der Zusätzlichkeit bürgerschaftlicher Tätigkeiten und das Tabu, kein Ausfallbürge sein zu dürfen, bei näherer Betrachtung zu differenzieren.
2. Wenn man das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement betrachtet, dann tut man dies in der derzeit geführten Diskussion vor allem, indem man von der Erwerbsarbeit als der Priorität aus denkt. Es ist aber lehrreich, die Blickrichtung auch einmal umzukehren.
3. Heute sind Bürgerschaftliches Engagement und hauptamtliche Arbeit Teil einer dynamisch sich verändernden Organisationskultur im gemeinnützigen Bereich. Die Wellen, die die gewinnorientierte Wirtschaft schon längst erfasst haben, rollen auch über die öffentlich finanzierten Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen hinweg. Die Finanzkrise wird die Wellen noch anschwellen lassen: In kurzen

Stichworten: Normalarbeit mit langen Karriereplanungen verringert sich, Nebentätigkeiten, Minijobs, und zeitlich befristete Honorarverträge nehmen zu. In diese neue Gemengelage muss sich das Bürgerschaftliche Engagement einfügen. Um die Chancen, die im Bürgerschaftlichen Engagement stecken, gut zur Geltung kommen zu lassen, brauchen wir in den Einrichtungen und Diensten des Non-Profit-Bereichs ein professionelles Freiwilligenmanagement.

4. Schließlich: Wenn wir die verschiedenen Schattierungen und Arten des Bürgerschaftlichen Engagements betrachten und das politische Ziel verfolgen, ein gesellschaftliches Leben zu ermöglichen, das auf lebendiger Solidarität beruht und in dem jedes Individuum seine Eigenschaften und Anlagen optimal entfalten kann, dann brauchen wir eine darauf ausgerichtete rahmensetzende und Förderpolitik in Kommunen, Land und Bund.

These 1: Monetarisierung und Ausfallbürgerschaft

Nach der Enquetekommission des Bundestags zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002, S. 57 ff.) hat sich folgende Definition eingebürgert:

Bürgerschaftliches Engagement sei gekennzeichnet dadurch, dass es

- freiwillig
- für andere
- in der Öffentlichkeit und
- unentgeltlich ausgeübt wird.

Freiwillig und unentgeltlich sind dabei die Kriterien, die es insbesondere von der Erwerbsarbeit abgrenzen: Dort gilt es, Hierarchien einzuhalten, man schließt Arbeitsverträge mit verbindlichen Rechten und Pflichten, erhält aber für seine erbrachte Leistung finanziellen Lohn. Die Eigenschaft, dass Engagement öffentlich ausgeübt wird, unterscheidet es vor allem von den privaten Arbeiten im Haushalt, der Erziehung der eigenen Kinder oder der Pflege von Angehörigen.

Natürlich sind bei Definitionen immer die Ränder interessant. So sortenrein ist das Leben nie, dass es keine Ausnahmen von der Regel gäbe. Nehmen wir das Kriterium „für andere“: Was ist dann mit der Selbsthilfe? Ist das auch Bürgerschaftliches Engagement? Wie soll man beurteilen, dass Menschen nach vielen Umfragen vor allem die eigene Sinnbefriedigung im Ehrenamt suchen? Ist dann das Kriterium für andere auch erfüllt? Ich meine ja. Natürlich ist das legitim, weil es sich ja nicht ausschließt, etwas für sich zu tun, und damit eben auch für andere da zu sein. Auch in der Selbsthilfe macht man durch sein Aktivwerden aus eigener Betroffenheit anderen Mut.

Und wie ist das mit der Unentgeltlichkeit? Juristisch heißt unentgeltlich ja nur, dass man für eine Arbeit keine direkte materielle Gegenleistung erhält, also kein Leistungsaustausch stattfindet. Aber man kann natürlich für den mit dem Ehrenamt verbundenen Aufwand eine Entschädigung erhalten.

Seit wir in Deutschland den Begriff des Ehrenamtes kennen, also seit den Stein-Hardenbergschen Reformen der kommunalen Selbstverwaltung Anfang es 19.

Jahrhunderts, ist zunächst für den politischen Bereich das Prinzip der Aufwandsentschädigung eingeführt. In den klassischen Ehrenämtern, das gilt für Bürgermeister und Gemeinderäte, aber auch für Schöffen und ehrenamtliche Richter, Ehrenamtliche bei den Kammern usw. wird der Aufwand nach dem Verdienstausschlag bemessen, und da kann eine Entschädigung in Einzelfällen enorm sein. Ein ehrenamtlicher Ärztekammerpräsident kann schon mal 100.000 Euro („Die Welt“ vom 30.6.2003: Ärztekammerpräsident unter Betrugsverdacht) im Jahr erhalten. Natürlich sind das Ausreißer. Im Sport und bei der Feuerwehr gelten andere Regelungen, die zum Teil gesetzlich vorgeschrieben sind, zum Beispiel im Bayerischen Feuerwehrgesetz. Die Aufwandsentschädigungen liegen hier zum großen Teil wesentlich niedriger, aber überschreiten auch nicht selten die berühmte Übungsleiterpauschale von 2.100 Euro jährlich. Im Prinzip kann man sagen: Am Anfang des Ehrenamtes im 19. Jahrhundert stand die Idee, dass in der unmittelbaren Daseinsvorsorge (zum Beispiel Brandschutz), aber auch in der politischen Steuerung des Gemeinwesens ehrenamtliche Strukturen unverzichtbar sind. Das war im übrigen auch im Sozialbereich so. Die ersten kommunalen sozialpolitischen Systeme wie das Elberfelder Modell der Armutsprävention beruhten auf ehrenamtlichen Kümmerern, die stadtteilnahe Armutsprävention betreiben sollten und für ihren Aufwand entschädigt wurden.

In den letzten Jahren kamen freilich neue Aufgabenfelder hinzu, die vor allem mit pauschalierten Aufwandsentschädigungen pro Zeiteinheit rechnen. Diese beziehen sich nicht auf den Verdienstausschlag, sondern sollen den tatsächlich entstandenen Aufwand – um Bürokratie der Einzelabrechnung von Auslagen zu vermeiden – pauschalisieren: So wurde im Pflegebereich durch neue gesetzliche Vorgaben und Fördertöpfe, die im SGB XI verankert wurden, für zusätzliche niedrigschwellige Betreuungsleistungen ein Budget von bis zu 2.400 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Ein anderes Beispiel: das Bundesmodellprogramm der Mehrgenerationenhäuser stellt jeder geförderten Einrichtung von Seiten des Bundes 40.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Etwa die Hälfte davon kann für Honorar oder ehrenamtliche Aufwandsentschädigungen verwendet werden. Im Programm wird geradezu gewünscht, dass ehrenamtliche Tätigkeit und haushaltsnahe Dienstleistungen ineinander fließen. Wir können die Beispiele aus Bund und Ländern fortsetzen, zum Beispiel mit den generationsübergreifenden Freiwilligendiensten, wo jeder Teilnehmer etwa zwei Euro pro Stunde erhält, mit der ehrenamtlichen Sicherheitswacht in Bayern, die mit 7,16 Euro in der Stunde den persönlichen Aufwand ausgleicht etc. etc.

Festzuhalten ist: Es sind vor allem gesetzliche und staatliche Initiativen, die die Monetarisierung vorangetrieben haben, und da gibt es keine parteipolitischen Unterschiede. In der politischen Engagementförderung sind das die großen Brocken: In die Finanzierung der niedrigschwelligen Betreuungsleistungen fließen etwa 50 Mio. Euro von Bund, Land und Kommunen. Die Initiative „Hilfe für die Helfer“ der letzten Bundesregierung, die die Einführung der Ehrenamtspauschale von jährlich 500 Euro und die Heraufsetzung der Übungsleiterpauschale erbrachte, rechnete insgesamt mit einem steuerlichen Ausfall von 400 Millionen Euro. Das Modellprojekt Mehrgenerationenhäuser verfügt über 80 Mio. Euro. In die Freiwilligendienste aller Generationen fließen 25 Mio. Euro.

Wie geht ein Vorgang der Monetarisierung praktisch vor sich? Ein Beispiel. Die Gemeinde X erhält einen Hinweis über die Erhöhung der Pauschale für

niedrigschwellige Betreuungsleistungen auf den Tisch. Na ja, sagt man sich, da wäre man doch schön blöd, auf das Geld zu verzichten. Also teilt man es: Die Hälfte für die entsprechenden Verwaltungsleistungen der Gemeindestation für die Koordination der Hilfen. Und natürlich will man auch den Ehrenamtlichen eine Anerkennung für ihre Arbeit geben. Die kriegen dann die andere Hälfte. Nach meinen Recherchen ist es nicht unüblich, zwischen fünf und acht Euro pro Stunde zu zahlen. Freilich sind da auch viele unbezahlte Stunden der Ehrenamtlichen zu berücksichtigen, zum Beispiel für die vorgeschriebene Qualifizierung, Supervisionen u.a.

Interessanterweise läuft das bei der sogenannten Ehrenamtspauschale anders. Da zahlt nicht der Staat, sondern gewährt nur den Steuervorteil. Die meisten Vereine, so eine Studie des Zentrums für Zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg (zze: Untersuchung zur Monetarisierung von Ehrenamt und Bürgerschaftlichem Engagement in Baden-Württemberg. Studie im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Arbeit und Gesundheit Baden-Württemberg 2010), können sich die Auszahlung aber gar nicht leisten, und so bleibt die Pauschale oft nur ein Papiertiger. Zudem hat die erste Evaluation dieses Gesetzes erbracht, dass durch die monetären Verbesserungen bislang auch keine Erhöhung des Bürgerschaftlichen Engagements bei Vereinen und Verbänden feststellbar ist. (Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen: Evaluierung von Auswirkungen des Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Empirische Untersuchung der Entwicklungen im Regelungsbereich, insbesondere zum Spendenaufkommen, Berlin 2009)

In der schon kurz erwähnten Studie, die das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung im Auftrag des Baden-Württembergischen Sozialministeriums erst vor einigen Wochen vorgelegt hat, wird festgestellt, dass im Nachbar-Ländle der Anteil der ehrenamtlichen Tätigkeiten, die mit einer „gewissen Vergütung“ (das geht schon mit zwei Euro pro Stunde los) ausgestattet sind, von 1999 auf 2004 von 12 Prozent auf 16 Prozent gestiegen sei. Vor allem im sozialen Bereich war die Zunahme überproportional mit einem Zuwachs von 17 auf 24 Prozent. Damit rangiert das Soziale freilich immer noch hinter den klassischen Feldern der Aufwandsentschädigungen in Politik (38%), Beruflicher Interessensvertretung (30%), Rettungsdiensten und Feuerwehr (24 Prozent). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Monetarisierung nicht unbedingt den Zweck hat, Leuten, die es sich schwer leisten können, ein Ehrenamt auszuüben, ein wenig unter die Arme zu greifen. Ein Indiz dafür ist, dass die finanzielle Entgeltung mit der Schulbildung zunimmt. Lediglich elf Prozent der Freiwilligen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss bekamen Vergütungen, während es bei denjenigen mit Abitur 20 Prozent waren. (zze, S. 17)

Warum findet diese Monetarisierung statt? Ein Schlaglicht: bei einem Plausch beim Mittagessen mit einem Geschäftsführer eines großen Wohlfahrtsverbandes, sagte dieser zu mir: „Herr Röbbke, Sie glauben doch wohl nicht, dass wir angesichts des abzeichneten Pflegekräftemangels und angesichts dessen, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen in den kommenden Jahrzehnten drastisch erhöhen wird, ohne das Ehrenamt auskommen. Und wir brauchen ein verlässliches Ehrenamt, dazu dient auch die Vergütung. Oder sollen wir noch weitere Länder im Osten entdecken, wo wir vielleicht billiges Pflegepersonal anwerben können?“

Wir sind also wieder bei der Frage: Sahnehaube oder Cappuccino? Nicht nur der erwähnte Geschäftsführer, sondern auch die einschlägigen Ministerien sprechen von

einem Pflegemix, dem die Zukunft gehöre: Da sind Ehrenamtliche als Demenzhelfer, Pflegebegleiter, Seniorenpaten, in der Nachbarschaftshilfe und anderen niedrigschwelligen Angeboten tätig, neben hauptamtlichem Pflegepersonal oder Putzdiensten. Lässt sich da noch die Sahnehaube vom Kaffee unterscheiden?

Diese Mischungen finden wir aber auch in anderen Bereichen, nicht nur bei der Pflege. Nehmen Sie die Kindertagesstätten. Wenn man das städtische Programm „Spiki“ und „Große für Kleine“ des Zentrums Aktiver Bürger zusammenrechnet, sind schätzungsweise darin alleine 300 Ehrenamtliche in Nürnberger Kitas aktiv. Sie lesen Kindern vor, spielen mit ihnen Fußball, basteln oder singen mit ihnen, führen gar einfache physikalische oder chemische Experimente vor. Was ist daran zusätzlich, was notwendig? Vor dem Hintergrund des Bildungs- und Erziehungsplans sind das alles gesetzlich geregelte Kernaufgaben von Kindertageseinrichtungen. Und die überlasteten Erzieherinnen freuen sich über diese ehrenamtliche Unterstützung. Es bleibt wahrlich noch genug zu tun übrig bei Gruppenstärken von 25 Kindern. Wichtig ist es, und hierauf werde ich bei der dritten These eingehen, dass man sich zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen eine gute Rollen- und Aufgabenteilung überlegt. Und natürlich bleiben die Hauptamtlichen dafür zuständig, dass die Basis der Arbeit gegeben ist.

These 2: Blickrichtung Erwerbsarbeit – Perspektive Bürgergesellschaft.

Ich habe gesagt: Vieles an der Diskussion um das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement krankt daran, dass wir wie selbstverständlich von der Erwerbsarbeit als unverrückbarem Sachzwang ausgehen und von da aus das Bürgerschaftliche Engagement betrachten und bewerten, es dann in den extremen Fällen als Konkurrenz und Jobkiller betrachten. Ich glaube, diese Sichtweise macht auf Dauer blind.

Susan Ellis, eine der bekanntesten Freiwilligenmanagerinnen der USA, leitet ihre Fortbildungen für Ehrenamtsbeauftragte großer Einrichtungen immer mit folgender Frage ein: Stellen Sie sich vor, Ihre Organisation hätte Geld wie Heu. Was würde dennoch für den Einsatz von Ehrenamtlichen sprechen?

Sie beobachtet dann regelmäßig Verblüffung und eine gewisse Ratlosigkeit bei den Teilnehmern. Man brauche Ehrenamtliche doch, um bestimmte Aufgaben zu übernehmen, die man selbst nicht mehr schaffe. Man benötige sie, um sich zu entlasten. Wenn man Geld ohne Ende hätte, könne man auch Hauptamtliche einstellen. Aber langsam kämen dann doch die besonderen Qualitäten zum Vorschein: Der Einsatz von Ehrenamtlichen fördere die Offenheit und kulturelle Vielfalt in der Einrichtung. Es käme ein neuer Blick von außen dazu, der manch professionelle Betriebsblindheit aufdecke und korrigiere. Schließlich stärke es die Verankerung der Organisation im Gemeinwesen. Es gibt also eine ganz besondere Qualität, die durch das Bürgerschaftliche Engagement in die Organisation einziehe.

Veranschaulichen lässt sich dies auch aus Beobachtungen von ehrenamtlichen Patenschaftsprojekten. Viele berichten davon, dass gerade Ehrenamtliche zu Jugendlichen einen unbefangeneren Zugang finden. Jugendliche haben nicht selten das Gefühl, sich hier von einer anderen Seite zeigen zu können als bei den Professionellen, die sie umgeben, aber auch bei den eigenen Eltern. Da ist jemand, der erst mal bloß zuhört, für einen da ist. Diese Person kriegt auch kein Geld, die will

nicht gleich was von einem etc. sondern macht das offensichtlich aus purer Menschlichkeit. Da bröckeln eingespielte Abwehrmechanismen.

Man kann diesen Befund von Susan Ellis gesellschaftspolitisch zuspitzen. Es geht letztlich auch um die Frage, was für einen Sinn wir im Leben suchen und in welcher Gesellschaft wir leben wollen – wie es die „Aktion Mensch“ in ihren Kampagne „die Gesellschafter“ (www.diegesellschafter.de) formuliert. Diese Fragen sind offensichtlich mal eine Zeit aus der Mode gekommen, aber sie drängen sich wieder mit Macht in den Vordergrund. Ein Indiz ist der Aufstieg der Glücksforschung. Glücksforscher Dr. Bruno Frey von der Universität Zürich stellte vor kurzem in einem Interview mit der ZEIT fest: „Wir haben in unseren Glücksuntersuchungen herausgefunden, dass Menschen, die geben, also zum Beispiel ihr Geld und ihre Arbeitskraft für soziale Zwecke verwenden, glücklicher sind als Menschen, die das nicht tun.... Wir glauben sagen zu können, etwas Gutes zu tun macht glücklich. (Rein und Raus bringt nichts. Die ZEIT Nr. 37, 25.3.2010)

Diesen wissenschaftlichen Befund hatte ich gerade gelesen, als ich vor einem Kinobesuch stand: Der Film „Up in the Air“ mit George Clooney in der Hauptrolle schildert einen hochbezahlten Dienstleister, der jeden Tag in einen anderen Ort der USA jettet, um dort im Auftrag der Firmen, Leute zu entlassen. Was steckt in einem derartigen Tun für ein Sinn, feigen Managern für viel Geld die Drecksarbeit abzunehmen, ihre Belegschaft zu feuern? Der Protagonist träumt als Vielflieger davon, einstmals der stolze Besitzer der Gold-Card seiner Fluggesellschaft zu sein, für die man 50 Millionen Meilen bewältigt haben muss. Welch schäbiger Traum das ist, dämmert ihm dann natürlich.

Ist das nur Hollywood? Nach einer Umfrage des DGB stufen gut ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland ihre Arbeitssituation als schlecht ein. "Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dieser Gruppe angehören, haben in der Regel hohe Belastungen (wie Mangel an Respekt, körperliche Schwerarbeit, einseitige Belastungen oder emotionale Überforderung) auszuhalten, dabei aber kaum Entwicklungsmöglichkeiten in ihrer Arbeit", heißt es in der Studie. "Sie erhalten ein Einkommen, das weder ihren Leistungen angemessen ist noch ihren Bedürfnissen gerecht wird, und leben häufig in großer Unsicherheit über ihre berufliche Zukunft." Mehr als die Hälfte, nämlich 54 Prozent, bewerten ihre berufliche Lage als mittelmäßig. Nur zwölf Prozent sind zufrieden mit ihrer Arbeit (spiegel online vom 26.6.2008).

Arbeitsverdichtung und Konkurrenzdruck, der bis zum Mobbing führen kann, ein Maß an Flexibilität und Mobilität, das für viele unerträglich wird bei einer ständig zunehmenden Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse. Dies scheint die neue Erwerbsarbeitsrealität. Der DGB-Chef Michael Sommer hat letzthin öffentlich die Frage gestellt, wie junge Menschen angesichts dieser Arbeitsrealität noch den Mut aufbringen sollen, eine Familie zu gründen. (DGB Chef Sommer im Interview. Hamburger Abendblatt vom 5.4.2010)

Unsere Gesellschaft ist erwerbsarbeitslastig. Damit meine ich nicht nur die gesellschaftliche Dominanz des Wirtschaftsbereiches in unserer Gesellschaft, sondern auch, dass die Logik des wirtschaftlichen Denkens und Handelns auch in andere Bereiche der Politik, Zivilgesellschaft und des Privaten übergreift. Karl Marx, ich weiß gar nicht, ob man ihn zu den Urvätern der Sozialdemokraten rechnen darf,

hat von der „reellen Subsumtion“ aller gesellschaftlicher Handlungen unter das Primat der abhängigen Lohnarbeit gesprochen. Der Ökonom Karl Polanyi hat diesen historischen Vorgang in seinem Buch „The Great Transformation“ - Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (Frankfurt/ M. suhrkamp) anschaulich beschrieben. Zum einen sagt er, der Markt, den es schon seit Urzeiten gab, wird in der Moderne zum Monopol, das heißt zum einzigen Umschlagplatz für alle Dinge und Dienste, die man zum Leben braucht. Diesen Aspekt nennt er die Kommodifizierung des Lebens, das will heißen: Alles wird zur Ware. Die Marktdominanz ist dadurch erkaufte, dass die Herstellung der Dinge des täglichen Lebens, aber auch die nachbarschaftlichen Hilfen, die in einer vormodernen Gesellschaft in die Gemeinschaft und eine auf Subsistenz gründende Produktionsweise eingefügt waren, zu disponiblen Waren werden, die im Prinzip überall gekauft werden können. Diese Herauslösung geht zulasten der Lebenswelten. Er nennt diesen Vorgang Entbettung. Die mit Warenwelt und Lohnarbeit verknüpften Werte wie Flexibilisierung, Effizienz, Verkaufbarkeit, Verfügbarkeit etc. überformen Tätigkeitsformen, die in der vormodernen Zeit eine Rolle spielten – Hannah Arendt spricht von der *vita activa* und der *vita contemplativa*. Diese geraten ins Hintertreffen und überleben nur in gewissen Nischen. Vor kurzem hat der französische Philosoph Marcel Hénaff eine in Frankreich sehr lebhaft rezipierte Studie vorgelegt: Werte des Gebens, Schenkens, der Selbstwirksamkeit gegenseitiger Solidarität und Anerkennung werden von Tausch, Geld, und Bezahlung verdrängt. (Marcel Hénaff: Der Preis der Wahrheit. Gabe, Geld und Philosophie, Frankfurt/M. suhrkamp 2009)

Dass Studien wie die von Hénaff oder die schon zitierte Glücksforschung heute so hohe Aufmerksamkeit zuteil wird, hängt meines Erachtens mit einer stärker werdenden Sinnsuche vieler Menschen zusammen. Gesellschaftspolitik, so meine Überzeugung, muss die Räume und Realisierungschancen für diese Sinnsuche im Blick haben. In der Polis des antiken Griechenland galt Eudaimonie, das Bürgerglück, als höchster aller erstrebenswerten Werte. Thomas Jefferson nahm die Verfolgung des Glücks als Grundrecht in die Verfassung der Vereinigten Staaten auf. Wir haben diese Bedürfnisse politisch etwas aus den Augen verloren. Dabei sind sie mindestens genauso wichtig wie die durch Markt und Erwerbsarbeit zur Verfügung gestellten materiellen Güter.

Vor kurzem war ich wieder etliche Stunden bei meinem Mentor und Freund Hermann Glaser. Wir haben sein erstes Exposé einer Autobiografie diskutiert. Darin befanden sich auch Ausführungen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Er hat sie für die Nürnberger Soziokultur vor vielen Jahren formuliert. Sie haben m.E. nichts von ihrer Richtigkeit und Brisanz verloren:

- „Kann die wachsende Beschleunigung ‚entschleunigt‘, ein neuer Lebensrhythmus der Gleichgültigkeit erreicht werden, damit kulturellen wie anthropologischen Bedürfnissen, die durch einseitige Orientierung an ‚speed‘ vernachlässigt werden, entsprochen wird?“
- „Lässt sich die Spezialisierung dahingehend ‚auffangen‘, dass die so wichtigen W-Fragen wieder in ihrer Bedeutung gewinnen? (Warum tun wir was wie? Woher kommen wir, wohin gehen wir?)“
- „Wie kann die Aufteilung der Gesellschaft in Arbeits- und Freizeitgesellschaft durch eine ‚Mischform‘ (Tätigkeitsgesellschaft) überwunden werden?“

- Lässt sich der Sozialstaat so transformieren, dass seine Essentials unangefochten bleiben, er aber auf längere Sicht finanzierbar ist (unter Anwendung von gerechtem ‚Lastenausgleich‘)?“

These 3: Wir brauchen ein gutes Freiwilligenmanagement

Die massive Ausweitung entgelteter Dienstleistungen als Ausfluss moderner Lebensformen wird aufgrund wachsender Finanzierungsprobleme öffentlicher Güter einem hohen Marktdruck, und damit auch Effizienz- und Rationalisierungsdruck ausgesetzt, die zu Dequalifizierung und Verbilligung von Arbeitskräften führen können. Das ist die große Gefahr für den sozialen Bereich: Nicht das Ehrenamt, sondern immer prekärer werdende abhängige Beschäftigungsverhältnisse.

Die eigentliche Herausforderung in der Ausgestaltung des Verhältnisses von Haupt- und Ehrenamt ist es, die unterschiedlichen Qualitäten herauszuarbeiten und sichtbar zu machen. Indes wird dies scheitern, wenn wir die infrage kommenden ehrenamtlichen Tätigkeitsfelder nur danach definieren, was von Hauptamtlichen nicht geleistet werden kann oder soll. Ehrenamtliche sind nicht dazu da, das aufzuräumen, was liegen bleibt. Sie sind keine Handlanger und keine Hilfsarbeiter. Voraussetzung für ein gutes Miteinander ist, in den Einrichtungen zu klären, was die besonderen Kompetenzen und Fähigkeiten sind, die man von freiwillig tätigen Menschen erwarten kann.

Dazu brauchen wir ein professionelles Freiwilligenmanagement. Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement bietet hierzu seit einigen Jahren Kurse an, und die Nachfrage steigt stetig. Etwa 150 Hauptamtliche aus den unterschiedlichsten sozialen Einrichtungen bilden wir derzeit im Jahr aus. Immer mehr Einrichtungen begreifen, dass sie für die Aufgabe auch Geld und Arbeitsstunden zur Verfügung stellen müssen. Wenn man dies und noch einige andere Gesichtspunkte berücksichtigt, steht einer produktiven Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen nichts im Weg.

Oft herrscht noch ein Denken in falschen Gegensätzen vor: Haupt- und Ehrenamt sei gleichzusetzen mit Professionalität und Laientum. Dabei übersieht man, dass Ehrenamtliche ihre ganz eigene Professionalität mitbringen und auch einbringen. So lernte ich einmal einen Ehrenamtlichen kennen, der sich zunächst als Vorleser in Kindertagesstätten engagierte. Als sich herumsprach, dass er früher Systemadministrator in einem Unternehmen war, konnte er sich kaum mehr retten vor Anfragen von Kindertagesstätten, Computer zu installieren und die Erzieherinnen in die Software einzuweisen. Was spricht dagegen, sofern dieser Mensch dazu bereit ist und dies auch gerne tut? Schnell war klar, welcher Schatz hier gehoben wurde.

Ehrenamtliche haben also ihre eigene Professionalität, allerdings selten auf dem Gebiet sozialer Arbeit. Sie sollen ja auch keine Minipädagogen oder Hilfsberater sein, auch wenn sich natürlich ehemalige Sozialarbeiter oder Lehrerinnen beispielsweise in einer ehrenamtlichen Hausaufgabenbetreuung engagieren können. Das ist dann ein schöner Zufall. Ehrenamtliche wollen auf ihre Aufgabe gut vorbereitet sein, daher sind Fortbildungen sehr gefragt. Aber sie sind in der Regel nicht vom Fach und wollen auch kein „Zweitstudium“ absolvieren.

Ehrenamtliche sollen die Verantwortung und Leistung der Hauptamtlichen wertschätzen. Natürlich hat eine Großmutter, die im Kindergarten freiwillig tätig ist,

jede Menge Erfahrung in Erziehungsfragen. Aber deswegen weiß sie noch lange nicht, wie man mit einer Gruppe von 25 Kindern, die aus unterschiedlichsten Familienverhältnissen stammen, professionell umgeht.

Im Grunde ist das A und O einer gelungenen Beziehung der gegenseitige Respekt vor der Rolle des jeweiligen Gegenübers und den damit verbundenen Freiheiten, Rechten, aber auch Restriktionen und Grenzen. Es gilt die Schweigepflicht zu achten, übertragene Verantwortung ernst zu nehmen. Das betrifft vor allem Ehrenamtliche. Umgekehrt müssen Hauptamtliche akzeptieren, dass jemand, der sich freiwillig engagiert, auch entsprechende Freiheiten hat. Ehrenamtliche haben eine „viertelstündige“ Kündigungsfrist, sie können also schnell wieder verschwinden, wenn ihnen etwas gegen den Strich geht. Sie können auch jederzeit „Urlaub“ machen. In der Regel sind sie so verantwortungsvoll, in diesem Fall für die entsprechende Vertretung zu sorgen. Es ist keinesfalls ein Zeichen der Unzuverlässigkeit, wenn sich Ehrenamtliche diese Freiheit erlauben, sondern ihr gutes Recht.

Eine gute Organisationskultur muss offen sein für neue Anregungen und dialogisches Miteinander, um dann systematische Veränderungsprozesse in die Wege leiten zu können. Dafür müssen Plattformen und Ansprechpersonen bereitstehen.

Es geht nicht – um es noch einmal zu betonen – um eine rein quantitative Rechnung, sondern vor allem um eine neue Qualität. Was Hauptamtliche, die schon länger mit Ehrenamtlichen zusammenarbeiten, vor allem schätzen, ist ihr „unverbrauchter“ Blick, die Art und Weise, wie sie Handlungsroutrinen infrage stellen können oder hemmende Bürokratie umgehen. Dieser „gesunde Menschenverstand“ und die Vielfalt und Offenheit, die sie mitbringen, sind es vor allem, die wertvoll sind.

Heute findet das Bürgerschaftliche Engagement nicht mehr auf der „grünen Wiese“ statt oder vielmehr in den grauen Stadtschluchten der Industriestädte wie im 19. Jahrhundert, das professionelle soziale Einrichtungen kaum kannte. Überall, wo heute Ehrenamtliche tätig sind, haben sie es mit hauptamtlich geführten Diensten und Einrichtungen zu tun: Kindergarten, Krankenhaus, Schule etc. Diese Einrichtungen müssen sich noch besser auf die Mitarbeit Ehrenamtlicher einstellen: Anerkennung, Fortbildung und attraktive Einsatzfelder sind auszubauen. Um schließlich noch einmal auf die Sinnbildfrage zurückzukommen: Natürlich soll daraus gleichsam ein gut schmeckender Cappuccino entstehen. Aber es geht um beides: Um Mischung, und zwar eine gut dosierte Mischung, und um den Respekt von Grenzen: Grenzen der Freiwilligkeit, der Sinnsuche und -erfüllung einerseits, der Fachlichkeit andererseits. Um eine andere Metapher zu beanspruchen: Wie bei zwei benachbarten Zellen, die unterschiedliche Aufgaben haben, geht es darum, die Zellmembran zu schützen. Aber auch Osmose zu ermöglichen, die letztlich beide Zellen lebendig hält.

These 4: Für eine ermöglichende und subsidiär angelegte Engagementpolitik

Sollte sich die Politik ins bürgerschaftliche Engagement einmischen? Sie tut es, aber sollte sie es tun? Ich glaube ja, aber nach doch vielen und manchmal unsinnigen Projekten und Kampagnen in den letzten Jahren kann man jetzt froh darüber sein, dass sich die Politik erst einmal sortieren will. In Berlin wird in einem Nationalen

Forum für Engagement und Partizipation um die Leitlinien einer Engagementpolitik des Bundes gerungen. In Bayern hat Sozialstaatssekretär Markus Sackmann alle Wohlfahrtsverbände, die kommunalen Spitzenverbände, die im Landtag vertretenen Parteien und das Landesnetzwerk zu einem Runden Tisch eingeladen, der gerade ein Grundsatzpapier zur Engagementpolitik auf Landesebene diskutiert.

Hier wird erst einmal viel Papier produziert, das ich nicht referieren will. Nur vier kurze Anmerkungen seien mir am Schluss des Vortrags gestattet: Es geht mir um die Grundhaltung, die der Staat zum Bürgerschaftlichen Engagement und seiner Förderung einnehmen sollte:

1. Der Staat sollte in der Engagementpolitik als ermöglichender Staat auftreten, der die Freiheit des Engagements achtet. Es geht ums fördern, aber nicht ums fordern, Ehrenamtliche sind motiviert genug und Menschen sollten zu freiwilligen Tätigkeiten eingeladen und nicht gezwungen werden. Allerdings merke ich immer wieder, dass eine derartige Haltung in den Genen von Staatsbeamten nicht einprogrammiert ist. Hier gilt oft noch die Devise: Wer zahlt schafft an. Also muss man über die erbrachten Leistungen – bei meist geringen Fördersummen – derart kleinkariert Rechenschaft ablegen, dass nicht nur die Grenzen der Geduld von Ehrenamtlichen strapaziert werden, sondern auch eine Art Verdienstleistung des Engagements droht. Dazu gehört auch die Frage der Monetarisierung. Denn diese befördert gerade diese Denkhaltung, dass es sich doch nur um ein billiges Dienstleistungsangebot handele.
2. Hinzu kommt oft eine Misstrauenskultur, die sich dann in einem immer dichter werdenden bürokratischen Regelwerk niederschlägt. Vor kurzem sagte mir ein sehr rühriger Hauptamtlicher aus einem katholischen Verband: „Na ja Herr Rübke, das mit den Ehrenamtlichen in Kindergärten ist schon schwierig bei dieser Missbrauchsproblematik.“ Ich habe dann geantwortet: „Aber sie wissen schon, dass es jetzt gerade um Hauptamtliche geht.“ Vor allen Dingen: Eine transparente soziale Einrichtung, die offen für Ehrenamtliche ist und ihren Blick von außen schätzt, die flache Hierarchien besitzt und damit Ehrenamtliche auf Augenhöhe willkommen heißt – Ist diese gegenüber Missbrauch nicht viel besser geschützt als hierarchisch organisierte, geschlossene Anstalten?
3. Die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements muss von der Kommune ausgehen. Sie muss subsidiär aufgebaut werden. Nicht immer neue Modellprojekte bitte, wenn sich gerade eine Ministerin oder ein Minister ein Denkmal setzen wollen. Dazu gehört freilich auch, dass die Städte und Gemeinden eine kommunale Engagementpolitik formulieren, von der aus dann Förderbedarfe festgelegt werden können. In Nürnberg ist das im Sozialen Bereich mit der Kooperation des Sozialreferats und des Zentrums Aktiver Bürger beispielhaft gelungen. Aber schon der Blick in andere Referate lehrt, dass hier auf gesamtstädtischer Ebene noch einiges zu tun ist, um es mal vorsichtig zu formulieren.
4. Schließlich das Thema Monetarisierung: Hier meine ich, dass wir zunächst eine genauere Unterscheidung brauchen. Nach der Studie des zze bekommen insgesamt 16% aller Bürgerschaftlich Engagierten eine gewisse Entschädigung. Tendenz steigend. Ich glaube, wir dürfen die Grenzen zur Erwerbsarbeit hier nicht weiter ausfransen lassen und brauchen eine ordnungspolitische Initiative.

Deshalb bin ich mit den Schlussfolgerungen des zze-Gutachtens sehr einverstanden: Es schlägt vor, den großen Bereich der freiwilligen Tätigkeit (immerhin ja 84%), in dem höchstens die entstandenen Auslagen ersetzt werden, von einem Bereich gemeinwohlorientierter Nebentätigkeiten zu unterscheiden, der natürlich den Regelungen des Steuer- und Arbeitsrechts unterliegt. Als dritter Bereich kommt das klassische Ehrenamt in Politik und Daseinsvorsorge ins Spiel. Und viertens haben wir noch einen Bereich, den ich bislang nicht erwähnt habe: Dazu gehören Nachbarschaftshilfen oder Tauschringe, aber auch genossenschaftliche Wohnprojekte etc. Hier fließt oft kein Geld, aber es werden geldwerte Dinge und Leistungen ausgetauscht, damit aber die gegenseitige Solidarität gestärkt.

Zu welchem Zweck brauchen wir eine derartige Unterscheidung? Nun, um politisch darüber zu diskutieren, welche Bereiche des Bürgerschaftlichen Engagements mit welchen Mitteln gezielt gefördert werden sollen. Bisher hat sich die staatliche Förderung sehr stark auf den Bereich der Monetarisierung und gemeinwohlorientierten Nebentätigkeiten bezogen. Der große Bereich der freiwilligen Tätigkeiten wurde hingegen spärlich bedacht. Hier brauchen wir keine großen Aufwandsentschädigungen, sondern gute Einsatzmöglichkeiten, Infrastrukturen der Vermittlung und Begleitung, eine persönlich ansprechende Anerkennungskultur. Vor allem aber benötigen wir eine gesellschaftliche Zeitpolitik, die es Menschen erlaubt, neben Schule, Studium und Beruf ehrenamtlich tätig zu werden. Wir brauchen Räume, auch Zeiträume, die nicht den Prioritäten der Erwerbsarbeit unterworfen sind. Und wir brauchen Menschen, die materiell auch in der Lage sind, sich ein Ehrenamt leisten zu können, weil sie nicht gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt mit drei schlecht bezahlten Jobs zu bestreiten, um dann müde und abgekämpft nach hause zu kommen.

Ganz zum Schluss eine kleine Mathematikaufgabe:

Acht Menschen tragen einen Baumstamm in einer Minute dreißig Meter weit. Wie lange braucht ein Mensch?

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit